

# Soll die Schweiz 2 Milliarden fahnenflüchtigem Kapital Unterschlupf bieten?

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zürcher Illustrierte**

Band (Jahr): **13 (1937)**

Heft 50

PDF erstellt am: **20.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-752076>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



# Soll die Schweiz 2 Milliarden

Birgt solches Geld Gefahren oder kann es unserem Lande nützen?

*La Suisse a-t-elle raison d'enrayer l'immigration des capitaux étrangers?*

Vor einigen Tagen sind Maßnahmen der schweizerischen Nationalbank gegen das Fluchtkapital in Kraft getreten, die im Auslande beträchtliches Aufsehen erregt haben, in der Schweiz aber mit vornehmer Zurückhaltung behandelt wurden. Wenn auch diese stillere Methode oft unnötige Beunruhigung zu vermeiden vermag, so dient sie doch seit den Krisenjahren der Verschleierung wichtiger Landesprobleme und hält das «Volk» von der Erörterung solcher Fragen ab, die, obwohl unbequem, doch dringender Abklärung bedürfen.

Wir leben in einer dramatischen Periode des Umbruchs und des Ueberganges. Welch ein Irrtum zu glauben, daß in einer Zeit fortwährender und tiefgreifender Wandlungen das Geldwesen unverändert bleiben könne. Die Ereignisse in aller Welt deuten ja unerbitlich genug darauf hin, daß es aus ist mit dem Eigenleben des Geldes. Es soll der Wirtschaft und der Sozialordnung dienen, statt sie zu unterwerfen.

Diese Entwicklung ist unvermeidlich, aber die in vielen Ländern während der letzten Jahre geübten plumpen Methoden waren mehr dazu angetan, das Geld zu verjagen, statt es zur Arbeit anzuhalten. So flüchteten Milliardenbeträge von Rußland nach Europa und Amerika, von Italien nach Frankreich, von Deutschland nach der Schweiz, vor der Pfundabwertung aus England nach Amerika, vor der Dollarabwertung zurück nach Europa, vor den festländischen Abwertungen wieder nach Amerika, vor den Fluchtgeld-Maßnahmen Roosevelts und der zunehmenden Gold-Unsicherheit zurück nach der Alten Welt, wieder heraus aus Volksfront-Frankreich nach der Schweiz...

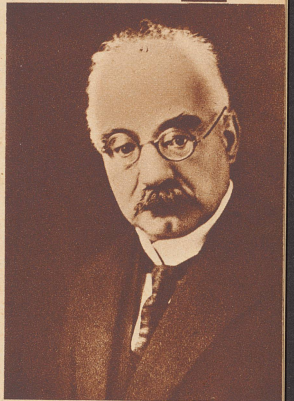
Unser Land galt von jeher als sicherer Zufluchtsort, aber so war es nicht gemeint wie in den letzten Monaten, wo Hunderte und aber Hunderte von Millionen hereinströmten, bis schließlich am 9. November der Gold- und Devisenbestand der Nationalbank auf 3192 Millionen Franken angeschwollen war, wovon etwa 2 Milliarden aus dem Zustrom der Fluchtgelder stammen dürften, die jeden Tag, so unerwartet wie sie gekommen sind, auch wieder zurückgerufen werden können. Die Möglichkeit der schlagartigen Abberufung birgt aber für die Währung und das ganze Kreditgebäude des Gastlandes ernsthafte Gefahren. Unser Noteninstitut hielt es deshalb für seine Pflicht, mit Hilfe eines Gentlemen's agreement, dessen Unterzeichnung von allen schweizerischen Banken verlangt wurde, die Verminderung dieser vagabundierenden Gelder anzustreben, die in unserer Wirtschaft keine feste Anlage suchen. Zu den eigentlichen Maßnahmen äußert sich nebenstehend Prof. G. Bachmann, Präsident des Direktoriums der Schweiz. Nationalbank.

Das Problem des «hot money», des «heißen Geldes» — wie es von Roosevelt, dem Vater des Fluchtgeldabwehr-Gedankens getauft wurde — hat aber auch noch andere als nur banktechnische Seiten. Wo die engeren Fachleute allzuleicht sind, nur eine vorübergehende technische Maßnahme zu sehen, hat der fernstehende Beobachter den Eindruck, daß wir uns an einem Wendepunkt des Geldwesens überhaupt befinden. Die «ZI» hat deshalb einige Persönlichkeiten befragt, die außerhalb des Bankwesens stehen und die durch ihre wirtschaftskritische Regsamkeit eine Stellungnahme erwarten ließen, die für die heutige Stimmung im Lande typisch ist.

## Prof. G. Bachmann, Präsident des Direktoriums der Schweiz. Nationalbank

«Die Nationalbank hat mit den Banken unseres Landes ein Gentlemen's agreement getroffen, dessen Bestimmungen zu einer Verminderung der bei ihnen liegenden ausländischen Gelder führen sollen. Danach werden ausländische Sichtguthaben in Schweizerfranken nicht mehr verzinst und in Gelder mit mindestens dreimonatiger Kündigungsfrist umgewandelt. Wenn solche Festgelder kürzer als 6 Monate hier liegen, werden sie einer Kommission (negativer Zins) von 1% unterworfen. Erst wenn die Bindung mindestens 9 Monate beträgt, wird eine Verzinsung bewilligt, die je nach Summe und Bank zur Zeit Bruchteile eines Prozents betragen dürfte. Wir wollten das ausländische Kapital nicht rechtswidrig behandeln, denn schließlich war das fremde Geld uns auch schon sehr nützlich. Wir wollten nicht wie autoritäre Staaten willkürlich, sondern korrekt vorgehen. Der Bankkunde wird deshalb um seine Zustimmung ersucht. Wer nicht zustimmen will, wird sein Geld abheben und damit ist der Zweck erreicht. Darüber hinaus haben die Maßnahmen eine psychologische Wirkung, die den weiteren Zustrom fremder Gelder mindern dürfte. Es wurde befürchtet, daß wenn Ausländer in schweizerische Titel steigen, beim Kauf eine künstliche Obligationenhausse erzeugt werde und bei plötzlichen massiven Verkäufen eine ungerechtfertigte Baisse. Die befürchteten Einflüsse haben sich in sehr engen Grenzen gehalten. Die durchschnittliche Rendite schweizerischer Obligationen war vor der Bekanntgabe 3,18%, nachher 3,10%. Wenn man nun diese Gelder abdrängt, so könnten sie in Schweizer Noten angelegt werden. Um auch das zu erschweren, fanden sich die Banken bereit, keine Noten in Safes aufzunehmen. Es wird vom Safe-Inhaber eine schriftliche Erklärung verlangt, daß er keine Schweizer Banknoten ins geschlossene Depot lege. Hier müssen wir auf die Ehrlichkeit abstellen. Es gibt gewiß noch Leute, die keine unterschriebene Verpflichtung abgeben, wenn sie nicht dazu stehen wollen. Eine Verletzung des Bankgeheimnisses ist das nicht. Eine Ausnahme: Ausländische Banken können im normalen Rahmen über ihre Guthaben für den laufenden Verkehr jederzeit verfügen. Wo ist nun die Grenze zwischen erwünschtem kommerziellem Auslandsgeld und dem unerwünschten Fluchtgeld? Wenn ein Ausländer Maschinen bestellt und eine große Anzahlung bei der Bank deponiert — wenn jemand zum voraus Geld für fällig werdende Schulden bereitstellt —, wenn jemand Mittel für Kuren oder Lehrinstitute zur Verfügung halten will —, so ist all dies kein «hot money», sondern wirtschaftlich sehr erwünschtes Geld. Für die sorgfältige Unterscheidung sind wir auf die Mitwirkung der Banken angewiesen. Wir nehmen an, daß wenn eine teilweise Bindung dieser Gelder erfolgt, sich für die Inlandwirtschaft eine Zinsverbilligung ergeben könnte. Sache der Banken ist es nun, den Umständen entsprechend zu handeln.»

M. Bachmann, président du conseil de la Banque nationale (B. N.) veut bien nous résumer les mesures prises à cet effet, mesures qui font l'objet d'un gentlemen agreement entre la B. N. et les banques en Suisse: «L'argent venant de l'étranger qui, jusqu'ici, pouvait être placé à vue, devra dorénavant être engagé à un terme minimum de trois mois et de toutes façons, ne rapportera alors point d'intérêts. Au contraire, si le terme de dépôt est inférieur à six mois, cet argent sera grevé d'un intérêt négatif (que l'on baptise commission de dépôt) de 1 pour cent. Un très modeste intérêt d'une fraction de 1% sera dévolu aux capitaux déposés à un terme de plus de 9 mois. Ces mesures risquent, certes, d'inciter à la thésaurisation. On a prévu ce cas. Les clients étrangers qui retirent leurs fonds de nos banques sont priés de signer une déclaration, par laquelle ils s'engagent à ne pas conserver dans leurs safes des billets de banque suisses. Ainsi, on peut donc espérer réduire la pléthore artificielle des capitaux et revenir à un état plus stable, ce qui pourrait amener une diminution du taux des intérêts.» — Le problème des capitaux vagabonds a d'autres aspects qu'un intérêt strictement bancaire, ce pourquoi ZI a jugé intéressant de solliciter les opinions de quelques personnalités de notre pays, opinions que vous trouverez ci-contre.



Photopress



## Dr. Max Beck, Redaktor der «Schweizerischen Handelszeitung», Zürich:

«Dadurch, daß die Notenbanken sich damit begnügen, das «heiße Geld» einander weiterzugeben, ist das Problem nicht gelöst. Früher flüchtete das Geld wegen Regierungskrisen, der Angst vor übertriebenen fiskalischen Maßnahmen usw. zu uns — heute, trotz aufsteigender Konjunktur, flüchtet es wiederum zu uns. Warum eigentlich? Der Unternehmungsgeist ist gehemmt, es gibt zu viele, die meinen, der Staat sei der alleinige Verteiler von Wohlfahrt, Arbeit und Kredit. Wir sind in einem Engpaß von Restriktionen und

Verboten, die das früher so unternehmungslustige Kapital deprimieren. Auch der Grundsatz: «Arbeit geht vor Kapital» ist falsch. Solange sich nicht die Erkenntnis Bahn bricht, daß die Arbeit mit dem Kapital gehen muß, wird es nicht besser. Die sich anstauenden Mengen flüssigen Kapitals sind nichts anderes als der sichtbare Ausdruck für die immer noch herrschende Währungsunsicherheit und für die Furcht des Kapitals vor den nicht endenwollenden Staatseingriffen und kapitalfeindlichen Handlungen der Regierungen. Viele Kapitalbesitzer, die sich in den «schweizerischen Wartsal» begeben haben, verzichten lieber auf jegliche Verzinsung, als sich ungesunden finanzpolitischen Maßnahmen ihrer Regierungen zu beugen. Die heutige internationale Störung der Wirtschaft ist nichts anderes als die traurige, aber wahre Konsequenz autarkischer Pfuschereien aller Art. Währungs-, wirtschafts- und finanzpolitische Dekrete haben eine Unsicherheit geschaffen, die das Unternehmertum der ganzen Welt lahmelegt. Dieser Zustand wird durch kein staatliches Mittel behoben, es sei denn durch Rückgabe der Freiheit.»

M. Max Beck, rédacteur du «Schweiz. Handelszeitung», Zurich: «Les capitalistes qui se sentent en sûreté dans la «Salle d'attente» suisse se moquent qu'on ne leur paie pas d'intérêts. Ce qu'ils veulent, c'est se soustraire aux mesures cicimarières de leurs gouvernements respectifs. Ce n'est point en rejetant d'un pays à l'autre cette masse monétaire que l'on résoudra ce problème. Ce n'est point tant que séviront l'autarchie et les interventions des Etats dans la politique économique que l'on pourra rétablir la prospérité.»





Prof. Dr. A. Rohn, Präsident des Schweiz. Bauernrates, Zürich:

«Vor 20 Jahren sage ich, nach einer Reise durch die USA... Der Unterschied zwischen der goldenen und der blauen Demokratie der Welt besteht darin, daß man in die USA vertritt, sich gegenseitig emporenzieren, und in der Schweiz...»

Prof. A. Rohn, président du conseil de F. P. S. Zurich: «Il avait souligné que les tempêtes sont un grand conseil avec les crises...»



Dr. Max Weber, Sekretär des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, Bern:

«Es wäre sehr zu begrüßen, wenn man den Zentren ausländischer Finanzkapital...»

M. Max Weber, secrétaire des syndicats ouvriers suisses, Bern: «Nul doute que les menaces...»



Prof. Dr. O. Howald, Schweizerisches Bauernsekretariat, Brugg:

«Das Finanzkapital, von dem man nicht weiß, wie lange es sich hier aufhalten will...»

Prof. O. Howald, secrétaire des paysans suisses, Brugg: «Les menaces pèsent sur la B. N. ne...»



Prof. H. Bernoulli, ETH, Präsident des Schweiz. Freireiserverbundes, Basel:

«Ich muß Ihnen mit einem alten Kapitalistenpaar kommen: Es ist leichter, ein Vermögen...»

Prof. H. Bernoulli, président de l'Union suisse pour l'économie française, Bâle: «Si la B. N. ne...»



Dr. H. Walder vom «Landesring der Unabhängigen»:

«Meines Erachtens ist die Schweiz ein Begriff, eine Gelegenheit zu verpassen...»

M. H. Walder, de l'Union des Indépendants: «La Suisse est en train de manquer...»

Beckenholtz: T. A. Roddaberg

Photos: Gotthard Sobak

fahnenflüchtigem Kapital Unterschlupf bieten

